



## BERLIN AKTUELL

Ausgabe 155  
31. März 2017

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

in dieser Woche hat die britische Regierung schriftlich um den Austritt aus der Europäischen Union gebeten. In zwei Jahren sollen die Austrittsverhandlungen abgeschlossen sein. Das Votum der britischen Bevölkerung wird damit umgesetzt. Ich halte diese Entscheidung für einen großen Fehler, vor allem für die Briten selbst. Mit der Entscheidung müssen wir leben. Die Verhandlungen werden aber alles andere ein Spaziergang. In meinem Podcast können Sie sich meine weiteren Einschätzungen anschauen:

<https://youtu.be/vT5eKIAw-PA>

Ebenfalls als Video steht Ihnen meine jüngste Rede im Parlament zum Thema Radverkehr zur Verfügung:

<https://dbtg.tv/fvid/7093475>

Für den Besuch und das Interesse bedanke ich mich an dieser Stelle noch bei der Besuchergruppe der Handwerkskammer Trier unter Leitung von Geschäftsführer Dr. Matthias Schwalbach.



Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### KOALITION

#### Härtere Strafen für Einbrecher beschlossen - Koalitionsgipfel mit guten Ergebnissen

Die Parteispitzen von CDU und CSU sowie SPD haben sich in dieser Woche zum Koalitionsausschuss getroffen. In dieser Runde wurde über Gesetzgebungsvorhaben diskutiert, die noch vor der Bundestagswahl gemeinsam umgesetzt werden sollen. Das Ergebnis: wichtige Themen der CDU werden noch realisiert. Bei anderen Themen, bei denen eine Einigung ebenso wichtig und dringend gewesen wäre, ist leider mit der SPD nichts zu machen. Im Einzelnen:

**Wohnungseinbruch:** Die CDU konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, dass Einbrüche in dauerhaft genutzte Privatwohnungen härter bestraft werden als bisher. Diese Einbrüche sollen zukünftig mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Damit wird die Tat zu einem Verbrechen. Wir konnten uns auch mit der Forderung durchsetzen, dass bei den Ermittlungsmaßnahmen die Speicherung von Telekommunikationsdaten ermöglicht wird. Das wird die Arbeit der Polizei erleichtern und zu mehr Erfolgen bei den Fahndungsarbeiten führen. Ich begrüße diese Einigung sehr! Dass wir uns mit unserer Forderung durchgesetzt haben, ist ein Erfolg im Kampf gegen Kriminalität auch in unserer Heimatregion.

**Bund-Länder-Finzen:** Die Gründung der Bundesfernstraßengesellschaft und damit die dringend erforderliche Mo-

dernisierung der Auftragsverwaltung wird wie geplant umgesetzt. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode die Gesetzesarbeiten abschließen. Uns waren dabei zwei Elemente wichtig: Dass es keine Privatisierung der Autobahnen geben wird und dass das Personal bei der Umgestaltung eingebunden wird. Die Vertreter der Koalitionsparteien haben jetzt die Leitlinien nach unseren Vorstellungen festgelegt.

**Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus:** Menschen, die sich unter der Fahne des Islam radikalieren, sich an Kriegen im Namen des Glaubens beteiligen oder in unserer Heimat Unfrieden stiften wollen, beobachten wir mit großer Aufmerksamkeit und begegnen ihrer Radikalisierung mit klaren repressiven Strafen. Doch es braucht auch einen nachhaltigen Ansatz, diese Radikalisierung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Deshalb wird nun ein nationales Präventionsprogramm aufgebaut, das Menschen anspricht, bevor sie sich in den gefährlichen Händen von Extremisten wiederfinden.

Kein Kompromiss konnte leider bei den Themen Versandhandelsverbot für rezeptpflichtige Medikamente und der Reform der Pflegeausbildung erreicht werden.

## INFRASTRUKTUR

### Die Zukunft entscheidet sich jetzt - Teil 1: Straßen zu erhalten, kostet Geld. Straßen nicht zu erhalten, kostet die Zukunft und noch mehr Geld.

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Dazu gibt es eine weitverbreitete Abbildung von drei Affen, die nebeneinander sitzen. Der erste hält sich die Ohren zu, der zweite verdeckt seine Augen und der dritte seinen Mund. Diese Allegorie hat ihren Ursprung in einem japanischen Sprichwort nach Konfuzius, bei dem es in überspitzter Form um den Wunsch geht, sich nur mit dem Angenehmen zu befassen und alles Unschöne so weit wie möglich auf Distanz zu halten. Die Zwänge der Realität werden wider besseren Wissens ignoriert.

Das Verhalten der Landesregierung bei den am letzten Freitag abgeschlossenen Haushaltsberatungen im rheinland-pfälzischen Landtag erinnert mich allzu sehr an die populäre fernöstliche Darstellung. Zum Schmunzeln ist mir dennoch nicht zumute. Denn das Jahr 2017 ist richtungsweisend. Der diesjährige Haushalt hätte es auch sein müssen.

#### Die Zukunft des ländlichen Raums entscheidet sich an einem leistungsfähigen Verkehrsnetz und einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur

Um zu verstehen, warum wir jetzt die Grundlagen für unseren zukünftigen Wohlstand legen müssten, müssen wir den Blick auf die dünner besiedelten Regionen unseres Bundeslandes richten: Die ländlichen Räume in Deutschland bluten aus. Das ist keine apokalyptische Vorhersage, sondern statistische Wirklichkeit. Dabei handelt es sich um kein spezifisch deutsches Problem. Die Erfahrung zeigt, dass nur zwei Faktoren geeignet sind, die Abwanderung vom Land in die Städte aufzuhalten: Erstens, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, damit das tägliche Pendeln zur Arbeit nicht zur Tortur wird, und der ländliche Raum als Standort für Unternehmen attraktiv bleibt. Und zweitens, eine Internetanbindung mit Geschwindigkeiten, die der Landbevölkerung den vollen Zugriff auf alle Möglichkeiten bietet, die sich durch die Digitalisierung eröffnen. Tragischerweise zeigt sich das Totalversagen der rheinland-pfälzischen Landesregierung

in keinem Politikfeld so deutlich wie bei diesen beiden Aufgaben, die für die Zukunft unseres Landes essentiell sind.

„Die Verkehrsinfrastruktur ist mitentscheidend für den Erfolg unseres Landes im internationalen Standortwettbewerb“, so Ministerpräsidentin Dreyer im vergangenen Jahr. Große Worte, aber folgen denen auch große Taten? Die Realität auf rheinland-pfälzischen Straßen sieht anders aus. Im Jahr 2015 hat der Landesrechnungshof den Zustand des rheinland-pfälzischen Landesstraßennetzes untersucht. Das Ergebnis war niederschmetternd. 55 Prozent der Landesstraßen befanden sich in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. 29 Prozent der Straßen waren in einem derart schlechten Zustand, dass sie eigentlich unverzüglich gesperrt und erneuert werden müssten. Da sich die Zahlen auf den Zustand der Straßen im Jahr 2012 beziehen, wird davon ausgegangen, dass die Schäden mittlerweile nochmals gravierender sind.

#### 55 Prozent der Landesstraßen befanden sich in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand

Damit dies dem Autofahrer nicht auffällt, hat sich die Landesregierung folgende Strategie überlegt: Es wird nur der Teil der Straßen erneuert, der für die Autofahrer sichtbar ist. So schreibt der Landesrechnungshof, der Schwerpunkt der Landesregierung liege „nicht auf Schadensprävention und grundhaften Straßenerneuerungen, sondern auf preisgünstigen dünnenschichtigen und oberflächenverbessernden Instandsetzungen.“ Dies hat zur Folge, dass sich der Zustand der darunter liegenden Befestigungssubstanz fortlaufend verschlechtert. Im Jahr 2012 belief sich der Investitionsstau für die Landesstraßen bereits auf 968 Mio. Euro, im Jahr 2017 beträgt er mehr als 1,1 Mrd. Euro.

Ernsthafte Erneuerungen werden in die Zukunft verschoben. Dabei wäre es für den Steuerzahler günstiger, einmal richtig zu sanieren als fortwährend nur die nötigsten Schäden zu beheben, wie auch der Landesrechnungshof schreibt:

„Werden überwiegend oberflächenverbessernde Instandsetzungen und Reparaturen ausgeführt, fallen – auf Dauer betrachtet – höhere Kosten für den Erhalt des Straßennetzes an als bei einer am Lebenszyklus orientierten Erhaltungsstrategie.“

Um einen weiteren Verfall der Landesstraßen zu verhindern, wären jährliche Erhaltungsmittel in Höhe von 89 Mio. Euro notwendig. Sollte man das Landesstraßennetz gar verbessern und nicht lediglich den Wertverlust aufhalten wollen, müsste man dreistellige Millionensummen – wie übrigens in anderen Flächenländern üblich – in das Landesstraßennetz investieren. Wie viel waren die Landesstraßen Verkehrsminister Wissing am Ende wert? Im Haushaltentwurf finden sich 95,1 Mio. Euro für den Erhalt, Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen. Das bedeutet, dass – sofern keine zusätzlichen Schäden auftreten – der Investitionsstau jährlich um 6,1 Mio. Euro verkleinert werden kann. Bei dieser Geschwindigkeit sind alle Straßenschäden in der Höhe von 1,1 Mrd. Euro in 180 Jahren, also im Jahr 2198 beseitigt. Das meint die SPD, wenn sie von „zukunftsorientierter Politik“ spricht.

Wir Rheinland-Pfälzer brauchen ein zukunftsfähiges Straßennetz, und wir brauchen es sofort. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion vorgeschlagen, die Mittel für die Landesstraßen im Jahr 2017 um zusätzliche 9 Mio. Euro, im Jahr 2018 um weitere 18 Mio. Euro und die Zuschüsse für Planungskosten um 4 Mio. Euro zu erhöhen.

#### Zustand der Kreisstraßen noch weit aus besorgniserregender

Der Zustand der rheinland-pfälzischen Kreisstraßen ist nochmals kritischer als der Zustand der Landesstraßen. Bei der letzten Zustandserfassung in den Jahren 2011 und 2012 erhielt jede dritte Kreisstraße die schlechteste mögliche Note. Nur um zu verhindern, dass sich der schlechte Zustand nicht weiter verschlechtert, wären im vergangenen Jahr rund 60 Mio. Euro jährlich notwendig gewesen. Bereitgestellt wurden 43,5

## INFRASTRUKTUR

Mio. Euro. In diesem Jahr sollte - so angekündigt - alles anders werden. Doch die angekündigte Investitionsoffensive bleibt aus. Auch im Haushalt 2017 sind für die Kreisstraßen nur 47 Mio. Euro vorgesehen. Der Erhaltungstau der Kreisstraßen wird also auch dieses Jahr um weitere 13 Mio. Euro anwachsen.

Daher hat die CDU-Landtagsfraktion der Regierung vorgeschlagen, die Mittel für den kommunalen Straßenbau auf 9 Mio. Euro zu verdoppeln. Bei dieser Summe bewegen wir uns bereits an der unteren Grenze dessen, was wir für vertretbar halten.

### **Bundesmittel können aufgrund mangelnder Planung nicht verbaut werden**

Auch die rheinland-pfälzischen Bundesfernstraßen sind an vielen Stellen verbesserungswürdig, ihr Zustand wird jedoch als deutlich besser eingestuft als derjenige der Landes- und Kreisstraßen. Seit 2012 werden die Mittel kontinuierlich erhöht und Bundesverkehrsminister Dobrindt hat die Investitionen auf einen neuen Höchststand gehoben. Doch der Landesbetrieb Mobilität (LBM) kommt nicht hinterher, die aus Berlin bereitgestellten Mittel auch tatsächlich zu verbauen. Den Mitarbeitern des LBM kann an dieser Stelle jedoch kein Vorwurf gemacht werden. Infolge der seit Jahren mangelhaften Ausstattung des Landesverkehrssetats hat der LBM Personal abbauen müssen. Dass ab dem Jahr 2020 eine Vielzahl von LBM-Ingenieuren in den Ruhestand eintritt, war nicht nur seit Langem bekannt, es hat im Mainzer Verkehrsministerium auch keinen der Verantwortlichen interessiert.

Als wir im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag den Bundesverkehrswegeplan 2030 verabschiedet und alleine für rheinland-pfälzische Straßenprojekte 3,8 Mrd. Euro bereitgestellt haben, kam es, wie es kommen musste: 46 Mio. Euro, die für Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz vorgesehen waren, mussten ungenutzt nach Berlin zurückgeschickt werden. Der Grund: Personalmangel in den Planungsabteilungen. Stattdessen wurden die Rheinland-Pfalz-Millionen an andere Bundesländer verteilt und die Rhein-

land-Pfälzer gehen wieder einmal leer aus.

Bis sich die Personalsituation beim LBM entspannt haben wird, werden einige Jahre vergehen. Um die Lage kurzfristig zu entschärfen, schlägt die CDU-Landtagsfraktion daher vor, die Mittel für die externe Vergabe von Ingenieurleistungen um 2 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen. So können wir die LBM-Mitarbeiter, die bereits heute einen Berg an Überstunden vor sich herschieben, entlasten und mit mehr Flexibilität auf neue Investitionsmittel reagieren. Bislang betragen sie in Rheinland-Pfalz 5 Mio. Euro, während z.B. Bayern mehr als 200 Mio. Euro pro Jahr an externe Planungsbüros vergibt.

### **In Zukunft wird der Bund die Bundesstraßen selbst planen**

Langfristig werden wir den Mitarbeitern im LBM, die für die Autobahnen zuständig sind, durch die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes deutlich bessere Arbeitsbedingungen bieten können. Außerdem hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Beschleunigung von ausgewählten Infrastrukturprojekten angeregt, die wir in Kürze beschließen werden und die auch Straßenprojekte in Rheinland-Pfalz umfassen wird.

Doch ein Muster tritt allzu deutlich zutage: Überall dort, wo es darum geht, wer Investitionen bezahlen soll, stiehlt sich die Landesregierung aus der Verantwortung. Das traurige Fazit: Auch wenn die Landesregierung die sinkende Neuverschuldung feiert, schlummert unter unseren Landes- und Kreisstraßen ein gigantischer Schuldenberg, von dem niemand in der Landesregierung gerne spricht und den die nachfolgenden Generationen abtragen müssen.

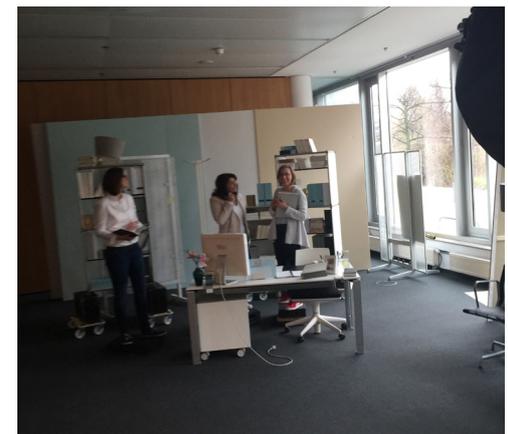
Wie es um den Ausbau der digitalen Infrastruktur steht, lesen Sie im zweiten Teil auf der nächsten Seite.

## POSTSKRIPTUM

### **P.S.: Am Rande bemerkt...**

... laufen die Vorbereitungen für den Wahlkampf auf Hochtouren.

In dieser Woche habe ich in Berlin die Motive für meine Wahlplakate aufgenommen. Bei dem Shooting im Konrad-Adenauer-Haus war die Stimmung super. Im Hintergrund sorgte nämlich mein Team für eine professionelle Arbeitsatmosphäre und natürlich für Spaß. Ich freue mich darauf, Ihnen die Ergebnisse des Fotoshootings bald präsentieren zu können.



## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/227 71883

Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)

[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

## INFRASTRUKTUR

### Die Zukunft entscheidet sich jetzt - Teil 2: Beim Breitbandausbau hat die Landesregierung aufgegeben

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland, in dem ein Großteil der Bevölkerung in ländlichen Gebieten lebt. Damit dieser Wohn- und Lebensraum auch für die Zukunft attraktiv bleibt und auch jungen Menschen Perspektiven eröffnet, muss vor allem an zwei großen Themen gearbeitet werden: Einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und einer flächendeckenden Internetversorgung. Beide Zukunftsthemen fristen in Rheinland-Pfalz leider ein Schattendasein und damit verpasst die Landesregierung sehenden Auges die notwendigen Weichenstellungen, um den Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft lebenswerte Wohn- und Arbeitsbedingungen und Wohlstand zu ermöglichen.

#### Immer noch fast ein Fünftel der Rheinland-Pfälzer digital unterversorgt

Im ersten Teil habe ich mich dem Thema Verkehr gewidmet. Und wie sieht es beim zweiten Zukunftsthema, dem schnellen Internet aus? Die Europäische Union definiert in ihrer NGA-Rahmenregelung, dass Privathaushalte, die über einen Internetanschluss mit einer Downloadrate von weniger als 30 Mbit/s verfügen, zukünftig als unterversorgt gelten. In Rheinland-Pfalz betrifft dies 319.000 Haushalte mit 677.000 Rheinland-Pfälzern. Man sollte daher meinen, dass der Breitbandausbau ganz oben auf der Prioritätenliste der Landesregierung steht. Das lassen auch die Äußerungen der verantwortlichen Regierenden vermuten. Ministerpräsidentin Dreyer bezeichnete Rheinland-Pfalz als das „Land der digitalen Möglichkeiten“ und ergänzte: „Für die digitale Nutzung in allen Bereichen ist ein leistungsfähiger Datentransport Grundvoraussetzung.“ Und Minister Lewentz verkündet gar: „Die Landesregierung stellt erhebliche finanzielle Mittel bereit, um die Umsetzung der notwendigen Ausbaumaßnahmen zu unterstützen.“ Doch wenn die Mittel so „erheblich“ sind, weshalb gibt es noch immer Ortschaften in der Eifel, deren Internetanschluss nicht einmal den zügigen Download von E-Mail-Anhängen ermöglicht?

#### 8 Euro für den Breitbandausbau? Das ist ein Witz! – Sagt sogar die FDP

Betrachten wir den rheinland-pfälzischen Haushalt des vergangenen Jahres: Im Jahr 2016 hat Lewentz für die Breitbandförderung in ganz Rheinland-Pfalz 5,4 Mio. Euro an eigenen Landesmitteln bereitgestellt. Verteilt auf die unterversorgten Personen bedeutet dies, dass die Landesregierung für jeden unterversorgten Rheinland-Pfälzer 8 Euro investiert hat. Doch ist mit 8 Euro wenig geholfen, schließlich schlägt der Anschluss eines rheinland-pfälzischen Haushaltes an das Glasfasernetz mit durchschnittlich 3.465 Euro Kosten zu Buche, wie eine von Dreyer selbst in Auftrag gegebene Studie des TÜV Rheinland berechnet hat. Eine Antwort auf die Frage, wo die übrigen Euros herkommen sollen, bleibt die Landesregierung schuldig.

Angesichts dieser gewaltigen Finanzierungslücke äußerte sich auch FDP-Vorsitzender Wissing im Januar 2016, damals noch im Wahlkampf-Modus, zu den Breitbandmitteln im Landeshaushalt: „Die Pläne von Malu Dreyer sind ein Witz.“ Rheinland-Pfalz drohe so zur „digitalen Provinz“ zu werden. Etwas mehr als ein Jahr später ist die Ausgangslage eine andere. Volker Wissing, inzwischen Wirtschaftsminister, hat digitale Themen neu für sich entdeckt. Keine Gelegenheit lässt er sich nehmen, die Bedeutung der Digitalisierung für Rheinland-Pfalz zu betonen. Sein Problem: In den Haushaltsberatungen der rot-gelb-grünen Landesregierung konnte sich Wissing gegen SPD und den grünen Koalitionspartner nicht durchsetzen. Sein Kabinettskollege Lewentz plant, die Breitbandmittel des Landes im laufenden Jahr auf gerade einmal 13 Mio. Euro zu erhöhen. Der TÜV Rheinland gibt die Kosten für einen Glasfaser-Vollausbau in Rheinland-Pfalz jedoch mit 2,83 Mrd. Euro an. Auf die Frage, wie mit nur 13 Mio. Euro die Digitalisierung des Landes gelingen soll, antwortete Wissing vergangene Woche ausweichend: „Für mich ist es nicht in erster Linie eine Frage des Geldes.“ An-

stelle mit zusätzlichem Geld wolle Wissing mit „Überzeugungsarbeit“ helfen. Wie die Rheinland-Pfälzer mit Wissings „Überzeugungsarbeit“ die Rechnungen für Glasfaserkabel und Tiefbauarbeiten bezahlen sollen, verrät er nicht.

Dabei wären durchaus Spielräume vorhanden. Der rheinland-pfälzische Haushalt weist für 2017 Ausgaben in Höhe von insgesamt 24,75 Mrd. Euro aus. Für den Breitbandausbau werden also gerade einmal 0,08 Prozent der Mittel eingeplant. Wer vor diesem Hintergrund öffentlich das finanzielle Engagement des Landes lobt und von „erheblichen Mitteln“ spricht, hat sich aus der Wirklichkeit verabschiedet.

Dass es auch anders geht, beweisen diejenigen Bundesländer, die keine Kosten und Mühen scheuen, auch den Bürgern auf dem Land schnelles Internet zu bringen. Bayern stellt seinen Gemeinden 300 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung, über fünf Jahre verteilt kommen so nicht weniger als 1,5 Mrd. Euro zusammen.

#### Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen – typisch für diese Landesregierung

Bei der Finanzierung der zentralen Zukunftsprojekte verschließt die Landesregierung Augen und Ohren und wartet, ob sich das Problem nicht von alleine löse. Oder dass Bund oder private Akteure die Aufgabe lösen. So läuft es auch beim Thema Breitbandausbau. In der vergangenen Woche haben neben etlichen weiteren Landkreisen aus Rheinland-Pfalz auch der Eifelkreis Bitburg-Prüm und der Vulkaneifelkreis dringend benötigte Fördergelder für den Breitbandausbau aus Berlin bekommen. Der Eifelkreis erhält 12,8 Mio. Euro und der Vulkaneifelkreis 4,7 Mio. Euro. Alleine die Bundesförderung, die der Eifelkreis Bitburg-Prüm vergangene Woche aus Berlin erhalten hat, ist höher als die Breitbandlandesmittel für ein ganzes Jahr!

#### In einer Woche mehr Geld aus Berlin als in einem Jahr aus Mainz

Die Gelder stammen aus dem Breit-

## INFRASTRUKTUR

bandförderprogramm des Bundes, das ich als verantwortlicher CDU/CSU-Berichterstatter im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Bundestages mit initiiert habe. Dabei gehört die Förderung des Breitbandausbaus originär nicht in den Aufgabenbereich des Bundes, sondern ist Aufgabe der Länder. Sie müssen eigentlich die eigenen Kommunen beim Anschluss an Hochgeschwindigkeitsnetze unterstützen. Doch weder Frau Dreyer, noch Herr Lewentz oder Herr Wissing waren willens, das Geld bereitzustellen, das notwendig wäre. Für andere Projekte, die bei den eigenen Wählern größere Begeisterung auslösen, standen wiederum Mittel bereit. Durch rechtswidrige Ermäßigungen bei Windenergieanlagen verzichtete das Land beispielsweise auf 25 Mio. Euro Einnahmen. Und ein privater Anbieter, der mit einem Puppenspiel Kindern richtiges Verhalten im Verkehr erklärt, erhielt vom Land einen Stundenlohn von 250 Euro, obwohl auch die

Polizei Verkehrserziehung anbietet.

In allen Fällen hatte der Landesrechnungshof auf die Einsparpotenziale hingewiesen und unüberhörbare Kritik geäußert. Hören wollte man sie dennoch nicht. Das mag eine unbequeme Wahrheit sein. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass sich an den Themen Verkehr und Breitband die Zukunft unseres Landes entscheiden wird. Und dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Geld, das an anderer Stelle eingespart werden muss. Wer aus Furcht vor der eigenen Wählerklientel dazu nicht bereit ist, vergeht sich an der Zukunft unseres Landes. Verantwortungsvolle Politik zeigt sich auch darin, Fehler einzugestehen und Schwerpunkte dort zu setzen, wo es dem Land am meisten nützt, auch wenn nicht jeder in den eigenen Reihen zustimmen wird. Doch wer weder über den Willen verfügt, für die Zukunftsthemen Verkehr und Breitband Geld in die Hand zu nehmen, noch den Mut, sich gegen internen Widerstand durchzuset-

zen, der disqualifiziert sich für jede Regierungsverantwortung.

Mit dem vorgelegten Haushalt kann kein Rheinland-Pfälzer, der an der Zukunft seines Landes ernsthaft interessiert ist, einverstanden sein. Die Investitionspolitik der Landesregierung ist in meinen Augen nicht in der Lage, Rheinland-Pfalz entscheidend nach vorne zu bringen. Gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion werde ich weiterhin für eine zukunftsorientierte Investitionspolitik kämpfen. Wir werden bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, dass die Landesregierung für alle Rheinland-Pfälzer verantwortlich ist und die Menschen auf dem Land von den Entwicklungen nicht abgeschnitten werden dürfen. Doch es ist zu befürchten, dass die Reaktion in Zukunft dieselbe wie bislang sein wird: Lob wird gerne angenommen, aber Kritik möchte man nicht hören, nicht sehen und nicht kommentieren. Konfuzius lässt grüßen.

## BERLIN

### Anton Michels und Lucas Linden absolvieren Praktikum in Berlin



Patrick Schnieder und Anton Michels.

Foto: Schnieder

Anton Michels berichtet: „Ich bin Jurastudent und absolviere derzeit einen Teil meines Pflichtpraktikums bei Patrick Schnieder. Nach eineinhalb Wochen in Berlin kann ich mit Begeisterung sagen, dass ich viele spannende Eindrücke erleben durfte. Glücklicherweise fiel mein Praktikum auf zwei Sitzungswochen des Bundestags, sodass ich Herrn Schnieder zu verschiedenen Sitzungen und Kongressen begleiten durfte. Hierbei konnte ich bisher verschiedenste Eindrücke über die parlamentarische Arbeit eines Abgeordneten sowie deren Mitarbeiter

gewinnen und mein Theoriewissen mit praktischen Erfahrungen aus dem weltpolitischen Alltag verknüpfen. In der Büroarbeit werde ich aktiv in die Arbeit eingebunden, sodass ich mich weniger als „klassischer“ Praktikant, sondern vielmehr als Teil des Teams fühle.

Alles in Allem lässt sich sagen, dass ich meine bisherige Zeit hier im Bundestag als sehr gute Ergänzung zum Studium wahrnehme.“

Lucas Linden: „Ich finde Politik spannend und habe mich deshalb sehr gefreut, dass ich ein einwöchiges Praktikum im Abgeordnetenbüro von Patrick Schnieder machen kann.

Während meines Aufenthalts hatte ich die Chance, „hinter die Kulissen der Politik“ zu schauen und mir ein Bild von der Tagesarbeit eines Abgeordneten zu machen. So durfte ich Herrn Schnieder zu Terminen begleiten und lernte dabei die parlamentarische Arbeit näher kennen. Während des Praktikums nahm ich an einer Anhörung zu einem Gesetz, ei-

ner Ausschusssitzung und am Plenum des Deutschen Bundestages teil. Besonders interessant war auch der Besuch eines Kongresses der CDU/CSU-Fraktion zum Thema „Zukunft und Innovation in Deutschland“, wo u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach. Auch die Arbeit im Büro gefiel mir gut, da meine Aufgaben interessant und abwechslungsreich waren.

Insgesamt blicke ich auf eine spannende Woche zurück, in der ich viele interessante Eindrücke sammeln und die parlamentarische Arbeit näher kennen lernen konnte.“



Lucas Linden und Patrick Schnieder

Foto: Schnieder